

Afrika und die G20 – Ansätze für eine progressive Afrikapolitik

Positionspapier vom 04. April 2017

Warum ein Positionspapier zu Afrika und G20?

5 Die G20 sind zum wichtigsten Forum für Fragen der Weltwirtschaft, der Bekämpfung von Armut und Ungleichheit und der Zukunft multilateraler Institutionen geworden. Der afrikanische Kontinent ist von diesen Diskussionen aufgrund der limitierten Zahl an afrikanischen Teilnehmern am G20-Prozess weitestgehend ausgeschlossen. Es wird Politik für Afrika und nicht mit Afrika gemacht. Diese Problematik zeigt sich im „Afrikajahr 2017“
10 nochmal verschärft, da Afrika zum Schwerpunktthema des G20-Gipfels erklärt wurde. Es soll ein Vertrag mit Afrika (Compact with Africa - CWA) geschlossen werden, der in ausgewählten Ländern durch Investitionspartnerschaften Arbeit und Wachstum in Afrika schaffen und Migration nach Europa verhindern soll. Das reicht nicht für eine progressive Afrikapolitik. Ebenfalls ist klar, dass es keine einheitliche Politik für einen so großen und heterogenen Kontinent wie Afrika geben kann. Wir unterstützen stattdessen in einem partnerschaftlichen
15 Vorgehen eine sozial-ökologische Transformation afrikanischer und europäischer Gesellschaften, welche Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Solidarität in den Mittelpunkt stellt (Just Transition), und zwar auf Basis eines regionalen politischen Ansatzes.

Ein Paradigmenwechsel in der Afrikapolitik ist notwendig

20 Angesichts globaler politischer Verschiebungen und drängender gemeinsamer Herausforderungen ist es höchste Zeit unsere Beziehungen zu den Staaten Afrikas neu auszurichten. Die Chance der derzeitigen afrikapolitischen Initiativen, insbesondere der G20 und des CWA, liegt darin, Afrikapolitik auf der politischen Agenda nachhaltig zu verankern. Allerdings müssen im Rahmen eines partnerschaftlichen politischen Ansatzes staatliche und nichtstaatliche Akteure des afrikanischen Kontinents in die Politikentwicklung nicht nur eingebunden werden, sondern kollektive politische
25 Positionsbestimmungen stattfinden. Gemeinsamen Herausforderungen ist nur gemeinsam zu begegnen, das traditionelle Geber-Nehmer-Schema ist dagegen bekanntermaßen ein Anachronismus. Daher ist ein politischer Paradigmenwechsel notwendig, um die Fragen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Strukturwandels zu bewältigen.

30 Deutsche und europäische Interessen und Positionen müssen im Rahmen einer gemeinsamen Positionierung auf Basis eines kohärenten ressortübergreifenden politischen Handelns eingebracht werden – und nicht durch mehrere sich widersprechende Initiativen und Handlungsebenen. Nicht abgestimmte Initiativen einzelner Ministerien sorgen für Missverständnisse und Unklarheiten bei den Partnern. Nur durch eine kohärente und abgestimmte Vorgehensweise bleibt die deutsche Afrikapolitik unseren Gesprächspartnern gegenüber verständlich und wir können selbstbewusst für
35 unser demokratisches Gesellschaftsmodell eintreten.¹

Grundlage unseres afrikapolitischen Handelns muss auch weiterhin ein regionaler politischer Ansatz sein. Bilaterale Abkommen wie zum Beispiel die aktuellen EU-Afrika-Migrationspartnerschaften mit einzelnen Staaten unterlaufen die Logik der regionalen Integrationsbemühungen und die Interessen von Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union.

¹ Siehe dazu das Positionspapier „Progressive Afrikapolitik - Die Staaten Afrikas als globale Partner.“ Online unter <http://www.spdfraktion.de/system/files/documents/positionspapier-progressive-afrikapolitik-20092016.pdf>.

40 **Eine weltweite sozial-ökologische Transformation als gemeinsames Ziel der afrikanisch-europäischen Partnerschaft**

Wirtschaftliche Krisen, ökologische Schieflagen, ungelöste soziale Fragen, die Bereicherung Weniger auf Kosten vieler und die Krise der Demokratie durch erstarkenden Populismus bzw. die Zunahme von autoritären Entwicklungsmodellen sind Probleme, die sowohl Afrika als auch Europa belasten. Die Lösung kann nicht allein darin liegen, Antworten für den vermeintlich schwächeren Partner zu finden, wie es der „Compact with Africa“ tut. Für uns zeichnet sich eine gute und verantwortungsbewusste Partnerschaft dadurch aus, dass anstelle von geteilten Problemen wieder gemeinsame Ziele in den Vordergrund gerückt werden. Gemeinsam mit unseren afrikanischen Partnern wollen wir uns für eine globale soziale und ökologische Transformation in Afrika und Europa einsetzen, die das Recht auf ein menschenwürdiges Leben für alle mit den Belastungsgrenzen unseres Planeten in Einklang bringt. Den Rahmen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit bilden sowohl internationale Verträge und Zielsysteme wie die Agenda 2030, die Sustainable Development Goals (SDGs) und das Pariser Klimaabkommen als auch bereits vorhandene Konzepte aus Afrika wie die Agenda 2063 der Afrikanischen Union (AU). Deutschland sollte mit gutem Beispiel vorangehen und die Vielzahl an afrikapolitischen Initiativen kohärent gestalten und in transparenter und übersichtlicher Weise an afrikanische Partner kommunizieren. Dazu gehört auch, sich auf europäischer Ebene verstärkt zu engagieren und EU-Afrika-Initiativen aktiv mitzugestalten.

G20 erweitern und inklusiver gestalten

60 Mit Ausnahme von Südafrika sind keine weiteren afrikanischen Staaten als reguläres Mitglied im G20-Prozess vertreten. Damit ist der afrikanische Kontinent eindeutig unterrepräsentiert. Hinzu kommt, dass auch die einbezogenen Regierungen nicht zwangsläufig die Interessen ihrer Bevölkerung repräsentieren. Sie stehen teilweise für autoritäre Entwicklungsmodelle und haben sich weitestgehend dem neoliberalen Entwicklungsparadigma der G20 angeschlossen. Um nicht nur die Interessen der Eliten zu berücksichtigen, müssen daher Elemente der Partizipation in der G20-Agenda gestärkt werden und eine möglichst breite gesellschaftliche Debatte angestoßen werden. Der bereits bestehende Dialog mit der Zivilgesellschaft ist zwar begrüßenswert, doch nicht ausreichend. Die Partizipation gesellschaftlicher Gruppen und insbesondere der Zivilgesellschaft muss im G20-Prozess institutionell gestärkt werden, zum Beispiel durch die in der Agenda 2030 dargelegten Verfahren im Rahmen des Hochrangigen Politischen Forums (High-level Political Forum, HLPF). Nur so können die Defizite demokratischer Legitimation, welche die G20 als selbstermächtigtes Forum auszeichnen, abgedeckt werden. Die G20 können als informeller Zusammenschluss von Staaten zwar keine rechtsverbindlichen Entscheidungen treffen, jedoch wichtige politische Akzente setzen und Prozesse in globalen Institutionen verstärken – diese Möglichkeit wollen wir nutzen.

Der „Compact with Africa“: Investitionen ja, aber nachhaltig und gerecht

Der „Compact with Africa“ setzt mit seiner Agenda Wachstum und Arbeitsplätze in Afrika zu schaffen, prinzipiell richtige Schwerpunkte. Ziel ist es, durch Investitionspartnerschaften mit einzelnen afrikanischen Ländern die Wirtschaft anzukurbeln und Jobs zu schaffen und so den „Migrationsdruck“ Richtung Europa zu reduzieren. So sollen jährlich 50 Milliarden US-Dollar akquiriert werden, um Infrastrukturdefizite auszugleichen. Zudem sollen 20 Millionen Jobs jährlich bis 2035 geschaffen werden. Die gewählten Instrumente allerdings sind fragwürdig: Die Idee der Investitionspartnerschaften sollte nicht ausschließlich Unternehmensinteressen dienen. Zudem lässt

85 der Compact die Frage, woher die Investitionen kommen und wie diese Afrika zugutekommen
sollen, unbeantwortet. Investitionen sind zweifelsohne wichtig für eine wirtschaftliche
Transformation, aber es braucht auch einen politischen Strukturwandel, um langfristige
90 Entwicklungsziele zu erreichen. Dafür sind vereinzelte Privatinvestitionen kein geeignetes
Instrument. Damit Investitionen tatsächlich einen Beitrag zu wirtschaftlicher Entwicklung in Afrika
leisten können, müssen zudem bestimmte Rahmenbedingungen erfüllt sein. Die
Investitionspartnerschaften mit einzelnen Ländern können nur dann Wirkung entfalten, wenn soziale
und ökologische Standards wie Menschenrechte oder die ILO-Kernarbeitsnormen respektiert und
inländische Ressourcen mobilisiert werden. Um inklusives, klimafreundliches und nachhaltiges
Wachstum zu schaffen, welches weder bestehende Ungleichheiten verschärft noch die
95 momentanen emissionsintensiven Infrastruktursysteme stärkt, müssen zudem die Agenda 2030, die
SDGs und das Pariser Klimaabkommen als Grundlage jeglicher Investitionspartnerschaften gelten.
Und nicht zuletzt muss gegen illegale Finanzströme wie beispielsweise Geldwäsche,
Steuerhinterziehung oder Korruption vorgegangen werden. Die deutsche G20-Präsidentschaft sollte
hier progressive Akzente setzen und dazu beitragen, illegale Finanzströme zu bekämpfen, die sich
100 äußerst schädlich auf die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas auswirken. Eine Auswahl einzelner
reformwilliger Länder für Investitionspartnerschaften wie es der Compact vorsieht, führt zudem zu
neuen Konditionalitäten und schwächt die regionale Integration in Afrika. Deutsche Politik darf in
keinem Fall zur Unterminierung von regionalen und pan-afrikanischen Organisationen und zu Club-
Governance anstelle von Multilateralismus führen.

Migration als Chance für Afrika und Europa begreifen

105 Migration ist kein Thema, das im Rahmen der G20 explizit behandelt wird. Es wird jedoch an vielen
Stellen deutlich, dass dies die innenpolitische Motivation für die Investitionspartnerschaften mit
Afrika darstellt. Arbeitslosigkeit, so der „Compact with Africa“, erzeugt einen Migrationsdruck in
Richtung Europa und schafft Instabilität. Deswegen sollen Investitionen dafür sorgen, dass junge
Afrikaner in Zukunft auch in ihrer Heimat Arbeit finden können, anstatt sich auf die Suche nach
110 einem Job in Europa zu machen. Doch ein kurzfristiges „Fluchtursachen bekämpfen“ ist zu
eindimensional gedacht. Wir setzen uns dafür ein, dass die G20 im Rahmen des vom 28.-30. Juni
2017 in Berlin stattfindenden multilateralen Gipfeltreffens des „Global Forum on Migration and
Development (GFMD)“ die Entwicklung eines „Global Compact for Safe, Orderly and Regular
Migration“ unterstützt. Nur so können wir dem komplexen Zusammenspiel von globalen
115 Handelsbeziehungen, unterentwickelten Volkswirtschaften und schwachen Institutionen gerecht
werden.

**Im Afrikajahr 2017 sehen wir bisher eine politische Akzentverschiebung hin zu europäischen
Wirtschafts- und Handelsinteressen. Wir dürfen dabei nicht aus den Augen verlieren, dass
eine progressive Afrikapolitik auch Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik in einem
120 globalen Ansatz verbinden muss. Eine Chance dafür sehen wir neben dem G20-Prozess
auch im EU-Afrika-Gipfel, der im November 2017 in Abidjan stattfindet. Hier können
Deutschland und die EU zeigen, dass sie die gemeinsamen politischen Ziele für Europa und
Afrika nicht einer Investitions- und Wachstumsagenda für Europa unterordnen.**